



Wie geht es in Russland mit und nach Putin weiter?

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Juli 2026

Zusammenfassung

Wladimir Putin, der sich bester Gesundheit erfreuen soll, wird langfristig in Russland an der Macht bleiben – bis 2036 als Präsident und darüber hinaus möglicherweise als Staatsratsvorsitzender, der nicht von der Bevölkerung gewählt werden muss, sondern von der Staatsduma. Der durch den Zerfall der Sowjetunion traumatisierte Putin wird nicht zurücktreten. Die allumfassenden Sicherheitsvorkehrungen verhindern, dass ein Attentat auf ihn erfolgreich sein könnte. Die Führungen der Militär-, Sicherheits- und zentralen politischen Elite, die zusammenwirken müssten, finden sich nicht zu einem Komplott gegen ihn zusammen. Der Repressionscharakter des politischen Systems verhindert, dass es zu Massenprotesten der Bevölkerung gegen den Kreml kommt.

Nach Putin wird es zu verdeckten bis offenen Machtkämpfen zwischen den Spitzenvertretern der verschiedenen Eliten kommen. Ein schwacher Nach-Putin-Präsident als Übergangsfigur würde den sich immer heftiger gegenseitig bekämpfenden Rivalen eine Atempause einräumen. Das russische politische System könnte sich zu einem totalitären eurasischen Regime weiterentwickeln oder zu einem technokratischen Regime mit begrenzter Öffnung dem Westen gegenüber, aber nicht zu einem demokratischen und echten föderalen System.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Plötzlicher politischer Ausfall Putins

Attentat: Der russische Präsident Wladimir Putin gilt als einer der am stärksten geschützten Staatsoberhäupter der Welt.

- Der wichtigste Schutzapparat ist der „Sicherheitsdienst des Präsidenten Russlands“ (Служба безопасности президента России) SBP, dessen Leiter seit 2016 der 1964 geborene Generaloberst Alexej Alexandrowitsch Rubeschnoj (Алексей Александрович Рубежной) ist im Range eines Stellvertretenden Direktors des „Föderalen Schutzdienstes der Russischen Föderation“ (Федеральная служба охраны Российской Федерации) FSO. Der FSO schützt außer dem Präsidenten den Kreml und strategische Einrichtungen.
- Laut Medienberichten lebt Putin in verschiedenen in Russland verteilten Bunkern, die im Innern alle gleich gestaltet sind.
- Putin bewegt sich meist in stark gesicherten Fahrzeugkolonnen mit gepanzerten Limousinen des Typs Aurus Senat. Routen werden kurzfristig geändert oder komplett gesperrt.
- Öffentliche Auftritte werden oft intensiv kontrolliert:
 - Teilnehmer werden durchsucht,
 - Scharfschützen sichern Dächer,
 - elektronische Störsysteme gegen Drohnen oder Funkzünder werden eingesetzt.
- Laut mehreren Medienberichten nutzt der Kreml sogenannte „Doppelgänger“ bzw. Personen mit ähnlichem Aussehen für einzelne öffentliche Termine oder zur Irreführung. Der Kreml bestreitet das offiziell.
- Reisen werden häufig geheim gehalten. Teilweise starten mehrere baugleiche Flugzeuge zeitgleich – in welchem der Flugzeuge Putin tatsächlich sitzt, bleibt bis nach der Landung Staatsgeheimnis oder man nutzt kurzfristige Änderungen bei Abflugzeiten und Zielen.
- Während des Ukrainekriegs wurden zusätzliche Schutzmaßnahmen bekannt:
 - verstärkte Luftabwehr rund um Moskau,
 - Anti-Drohnen-Systeme auf Regierungsgebäuden,
 - strengere Zugangskontrollen im Kreml.
- Bei Treffen sitzt Putin oft weit entfernt von Gesprächspartnern. Offiziell wurde das teils mit Infektionsschutz erklärt, Sicherheitsanalysten sehen darin zusätzlich eine Vorsichtsmaßnahme gegen physische Angriffe.
- Russische Sicherheitsstrukturen überwachen oppositionelle Gruppen und mögliche Bedrohungen sehr aggressiv. Kritiker werfen den Behörden vor, potenzielle Gegner frühzeitig auszuschalten oder einzuschüchtern.

Wer den russischen Präsidenten Wladimir Putin umbringen will, muss seinen Sicherheitsdienst des Präsidenten überwinden und einen Personenschützer zu einem Attentat anwerben. Selbst wenn eine Belohnung von 1 Mio.



US-Dollar oder mehr angeboten würde, bestünde immer die Schwierigkeit, dass ein Personenschützer angesprochen werden müsste. Da der Ansprechende vorher nicht weiß, wie der Personenschützer reagieren wird, riskiert er im Falle einer ablehnenden Antwort des Personenschützers seine Festnahme und dann eine scharfe Bestrafung bis zur Todesstrafe.

Krankheit: Aus Moskau ist aus kremlkritischen Kreisen zu hören, dass sich Putin bester Gesundheit erfreut.

Rücktritt: Nicht zu erwarten. Putin ist durch den Zerfall der Sowjetunion traumatisiert. Bekannt ist seine Aussage am 25. April 2005 in seinem jährlichen Bericht zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung, wozu die russische Verfassung (Artikel 84 e) ihn verpflichtet: „Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.“¹ Putin geht es, wie aus seiner Umgebung zu vernehmen ist, nicht primär um die Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern darum, die „letzte Runde des Kalten Krieges neu auszutragen“, denn seiner Meinung nach habe die Sowjetunion den Kalten Krieg nicht verloren, sondern damals nur vor dem Westen kapituliert, so Fedor Lukjanow 2014, Vorsitzender des Präsidiums des „Russischen Rats für Außen- und Verteidigungspolitik“, Chefredakteur des russischen Gegenstücks zu „Foreign Affairs“, der Zweimonatsschrift „Russland in der globalen Politik“ („Россия в глобальной политике“) und Forschungsdirektor des 2004 von Putin gegründeten internationalen „Waldaj Klubs“.² Wassilij Kaschin, Direktor des Zentrums für umfassende europäische und internationalen Studien an der russischen Eliteuniversität „Nationale Forschungsuniversität-Hochschule für Wirtschaftswissenschaften“, schrieb im Mai dieses Jahres in „Russland in der globalen Politik“, dass „Kriege nicht geführt werden dürfen, um psychische Traumata zu lindern“.³

Sturz Putins

Massenproteste: Selbst Ansätze zu Massenprotesten können bei diesem immer totalitärer werdenden russischen politischen System ohnehin nicht entstehen, da sie sofort gewaltsam unterdrückt werden würden. Zudem gibt es für die Organisation von Protestbewegungen keine Führungsfigur, da kremlkritische Oppositionsparteien klein gehalten wurden. Der einzige putinkritische Politiker, der landesweit bekannt war und der sich zu einer Führungsfigur hätte entwickeln können, Alexej Nawalnyj, wurde im Februar 2024 mit dem Nervengift Epibatidin im russischen Hochsicherheitsgefängnis IK-3 (inoffiziell bekannt als „Polarwolf“) in der arktischen Region Jamal-Nenzen vom Regime umgebracht.

Komplott von Eliten: Bedrohlich wird es für Putin, wenn er die Vollmachten und Kompetenzen der Eliten zu beschneiden beginnt und er ihnen die dazu gehörenden Privilegien sowie materiellen Vorteile im bisherigen Ausmaß nicht mehr gewähren kann, sodass sie anfangen müssen, darum untereinander zu konkurrieren.

Der erste Protest gegen Putin ging von der Wirtschaftselite aus. Im Februar 2003 gerieten der Oligarch Michail Chodorkowski und Putin vor laufenden Fernsehkameras über die Frage der Korruption auf einem Treffen der russischen Wirtschaftsführer mit dem russischen Präsidenten im Kreml heftig aneinander. Acht Monate später wurde Chodorkowskij bei einem Zwischenstopp mit seinem Privatjet in Nowosibirsk festgenommen und in Moskau inhaftiert. Wenig später erging ein Haftbefehl, wonach Chodorkowski durch Unterschlagung und Steuerhinterziehung am russischen Staat einen Gesamtschaden in Höhe von über einer Milliarde US-Dollar verursacht haben soll. Nach zehnjähriger Haft wurde er im Dezember 2023 begnadigt und aus der Haft entlassen. Das soll die

¹ <http://kremlin.ru/events/president/transkripts/22931>

² Lukjanow, Fedor, Perestrojka 2014, Russlands neue Außenpolitik, in OSTEUROPA, 2014, Heft 5-6, S. 143-148.

³ <https://globalaffairs.ru/articles/chugunnaya-proza-kashin/>



Gegenleistung gewesen sein für die Teilnahme von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Eröffnung der Olympischen Winterspielen in Sotschi, die von Seiten der deutschen Regierungschefin im Februar 2024 aber nicht erfolgte.

Wer es weiterhin wagte, Putins Politik gegenüber kritisch eingestellt zu sein, riskiert unter Umständen ein unerwartetes plötzliches Lebensende, wie es neun Politikern und Wirtschaftsführern seit dem 30. Januar 2022 unter verdächtigen Umständen im Alter von 43 (Alexander Subbotin, ehemaliger Leiter des Rechnungswesens des zweitgrößten russischen Gasproduzenten Nowatek am 8. Mai 2022) bis zu 72 Jahren (Generalmajor der Counter-Extremismus-Einheit des Innenministeriums Wladimir Makarow am 13. Februar 2023) in Russland (Moskau und St. Petersburg) oder in Spanien (der ehemalige Novatek-Manager Sergej Protosenja am 19. April 2022) erleben mussten. Zu den Todesursachen gehörten Stürze aus Fenstern und Schusswunden, aber auch (angeblicher) Selbstmord (ehemaliger Verkehrsminister Roman Starowoit am 7. Juli 2025 und der Vizepräsident der größten russischen Ölgesellschaft Lukoil Witalij Robertus am 1. März 2024) oder eine plötzliche Herzattacke (Aufsichtsratsvorsitzender von Lukoil Wladimir Nekrassow am 1. Oktober 2023).⁴

Der zweite Protest kam aus der Militärelite. Er wurde vom Milliardär Jewgenij Prigoschin und vom ehemaligen Oberstleutnant des russischen militärischen Geheimdienstes GRU, Dmitrij Utkin, unternommen. Prigoschin war Kommandeur der von Utkin 2016 gegründeten privaten Söldnertruppe namens „Wagner“ (Utkin liebte Wagner-Musik). Diese kämpfte 2014 auf der Krim, 2015 in Syrien (finanziert durch syrisches Öl), in der Zentralafrikanischen Republik (finanziert durch die Diamanten aus dem Land) und in der Ostukraine. Mehrere Wochen konnte Prigoschin 2023 dem damaligen russischen Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergej Schoigu, und seinem Generalstabschef, Armeegeneral Walerij Gerassimow im Rang eines Ersten Stellvertretenden Verteidigungsministers, ungestraft öffentlich Unfähigkeit vorwerfen und deren Ablösung fordern.

Am 23. Juni 2023 konnte Prigoschin mit seinen Söldnern das Hauptquartier der russischen Truppen für die Ukraine in Rostow am Don, ohne auf Widerstand zu stoßen, mit Handschlag einnehmen – Gerassimow war gerade kurz vorher abgereist – und dann mit seiner Privarmee in Richtung Moskau bis auf 200 km Kremlnähe weiterziehen, ohne dass sie von Armeeeinheiten oder der Nationalgarde aufgehalten wurden. Tage vorher hatte Prigoschin die offizielle Begründung des Kremls für den Krieg in der Ukraine in einem Interview als Lügengeschichte dargestellt. Dabei kritisierte er Putin zunächst nur indirekt. „Der Krieg war notwendig, damit Schoigu Marschall werden und eine zweite Heldenmedaille bekommen kann... Der Krieg war nicht notwendig, um die Ukraine zu demilitarisieren oder zu entnazifizieren.“ Dass von der Ukraine eine Aggression ausgehe und diese gemeinsam mit der NATO Russland angreifen wolle, sei nicht wahr.⁵ Am 10. Mai 2023 hatte Prigoschin Putin selbst – ohne seinen Namen zu nennen – aufs Korn genommen, indem er fragte: Was, wenn der „Opa“ ein „Vollidiot“ ist?⁶

Präsident Putin sprach in einer am 24. Juni 2023 um 10.00 Uhr Moskauer Zeit kurzfristig anberaumten Fernsehrede, deren Ausstrahlung stündlich im Fernsehen wiederholt wurde, über Prigoschin von einem „Stich in den Rücken“ und von „Verrat“ und kündigte Vergeltung an. „Alle, die den Aufstand vorbereitet haben, werden die unvermeidliche Strafe erleiden“, sagte der Präsident. „Die Streitkräfte und andere staatliche Stellen haben die notwendigen Befehle erhalten.“⁷ Und einen halben Tag später musste sich Putin bei seinem belarussischen Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka, den er im August 2020 gegen die Massenproteste wegen dessen gefälschter

⁴ <https://www.rferl.org/a/russia-minister-starovoit-corruption-suicide/33470692.html>

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=96HPvOYfXas>

⁶ <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Prigoschin-Was-wenn-der-Opa-ein-Vollidiot-ist-article24112425.html>

⁷ <https://ok.ru/video/6012719663830>



Präsidentenwahl gestützt hatte, für die Vermittlung im Prigoschin-Konflikt bedanken: Prigoschin durfte nach Belarus ausreisen, und ihm und seinen Söldnern wurde Straffreiheit zugesichert, wenn sie sich zurückzögen.

Am 23. August 2023 stürzte ein auf die Wagner-Gruppe gemeldetes Geschäftsflugzeug auf dem Flug von Moskau nach St. Petersburg mit zehn Personen an Bord unter ungeklärten Umständen ab. Laut russischen Regierungsstellen stand Prigoschins Name auf der Passagierliste des Fluges; eine staatliche Ermittlungsstelle bestätigte die Identität der Opfer nach einem DNA-Abgleich. Auch Prigoschins Vertrauter Dmitri Utkin befand sich unter ihnen.

Prigoschin beendete seinen Marsch nach Moskau nicht, weil sich ihm andere Militäreinheiten der Armee oder der Nationalgarde entgegengestellt hätten oder weil der FSB, der von Prigoschins Aktivitäten im Voraus gewusst haben musste, ihn verraten hätte, sondern weil er auf den Belarus-Kompromiss hereinfallend – aus welchen Gründen auch immer – aufgegeben hatte.

Der dritte Protest entstand in der Parteienelite: Gennadij Sjuganow, Vorsitzender der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (seit 1993), warnte in seiner Rede am 21. April 2026 vor der Staatsduma: „Wenn die sozial-ökonomische Politik nicht geändert wird, könnte das Land mit einer Wiederholung der Ereignisse des Herbstes 1917 konfrontiert werden.“⁸ Sjuganow meinte die Oktoberrevolution, die zur Machtergreifung Lenins im Russland führte.

Aus all dem ergibt sich, dass eine Elitegruppe allein Putin nicht stürzen wird. Notwendig ist auf jeden Fall die Zusammenarbeit der Militärelitegruppe mit dem FSB. Aber auch der FSB dürfte es allein nicht schaffen, denn unter den Sicherheitsdiensten FSB, SWR (Auslandsnachrichtendienst) und GRU (militärischer Geheimdienst) bestehen Rivalitäten und Spannungen. Auch das Militär allein dürfte Putin nicht vertreiben können, denn es gibt die dem Präsidenten direkt unterstellte Nationalgarde. Notwendig wäre ein Komplott von mindestens diesen drei Eliten zusammen: des Militärs, des FSB und der zentralen politischen Elite. Den Putschversuch am 19. August 1991, den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow abzusetzen, versuchten damals Vertreter von drei entscheidenden Elitegruppen: der sowjetische Vizepräsident (Gennadij Janajew), der Verteidigungsminister (Dmitrij Jasow), der KGB-Chef (Wladimir Krjutschkow), der Innenminister (Walentin Pawlow) und ~~noch~~ drei KPdSU-Funktionäre.

Zum Sturz Putins wäre also Zusammenwirken mindestens folgender drei Elitegruppen notwendig:

- Militär;
- Sicherheit;
- Zentrale politische Elite.

Deshalb werden im Folgenden die Spitzenvertreter dieser drei Elitegruppen näher betrachtet:

- *Verteidigung*: Verteidigungsminister, Generalstabschef, Oberbefehlshaber der Nationalgarde;
- *Sicherheit*: FSB-Direktor, Innenminister;
- *Zentrale politische Elite*: Leiter der Präsidialadministration, Ministerpräsident, Staatsdumavorsitzender.

Verteidigungselite

⁸ <https://gradmsk.ru/video/2a16112e7074d52f5ab1b4e7135cea58>



Verteidigungsminister Beloussow: Andrej Remowitsch Beloussow (Андрей Рэмович Белоусов), 1959 in Moskau geboren, ist Wirtschaftswissenschaftler und seit Mai 2024 Verteidigungsminister. Vorher war er vier Jahre Erster Stellvertretender Ministerpräsident und davor fünf Jahre oberster Wirtschaftsberater Putins.

Er gilt politisch als:

- Staatskapitalistisch: Belousov ist ursprünglich Ökonom, kein Militär. Er befürwortet eine starke Rolle des Staates in der Wirtschaft, strategische Industriepolitik und staatliche Kontrolle von Schlüsselbranchen.
- Putin-loyal und systemtreu: Er gehört zum inneren Machtapparat um Wladimir Putin und vertritt die Linie des Kremls konsequent. Seine Ernennung sollte Militär und Kriegswirtschaft enger verzahnen.
- Nationalistisch und sicherheitsorientiert: Belousov unterstützt den Krieg gegen die Ukraine öffentlich und spricht regelmäßig von langfristiger militärischer Stärke, Aufrüstung und strategischer Konkurrenz zum Westen.
- Technokratisch statt ideologisch: Anders als mancher russische Hardliner tritt er eher nüchtern und bürokratisch auf. Viele Analytiker beschreiben ihn als „Technokraten“ oder „grauen Bürokraten“, der Effizienz, Rüstungsproduktion und Verwaltung optimieren soll.
- Konservativ-geopolitisch: Außenpolitisch vertritt er eine antiwestliche Sicherheitslogik und unterstützt engere Militärbeziehungen zu Staaten wie China, dem Iran und Nordkorea.

Beloussow dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Generalstabschef Walerij Gerassimow: Walerij Wassiljewitsch Gerassimow (Валерий Васильевич Герасимов), 1955 in der tatarischen Hauptstadt Kasan geboren, ethnisch wahrscheinlich Tatar. Er ist Armeegeneral und seit 2012 Generalstabschef. Gegen ihn erließ der Internationale Strafgerichtshof im Juni 2024 einen Haftbefehl wegen möglicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Seine politische Haltung kann so eingeordnet werden:

- Loyal zum Kreml und zu Putin: Gerassimow gehört seit Jahren zum engsten militärischen Führungskreis Russlands. Beobachter beschreiben ihn als verlässlichen Umsetzer der politischen Vorgaben des Kremls.
- Antiwestliche Sicherheitsdoktrin: Er vertritt die Sichtweise, dass Russland sich in einem strategischen Konflikt mit dem Westen befinde. 2023 sagte er sinngemäß, Russland stehe „dem gesamten kollektiven Westen“ gegenüber.
- Befürworter hybrider und moderner Kriegsführung: Gerassimow wird häufig mit der sogenannten „Gerassimow-Doktrin“ verbunden — einer Mischung aus militärischen, cyber-, informations- und politischen Mitteln zur Machtprojektion. Experten sehen darin eine Form hybrider Kriegsführung.
- Militärisch-harter Kurs gegenüber der Ukraine: Er unterstützt die Fortsetzung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und kündigte wiederholt weitere Offensiven an.
- Eher Militärtechnokrat als Ideologe: Anders als manche ultranationalistischen Figuren in Russland tritt Gerassimow öffentlich meist nüchtern, strategisch und professionell-militärisch auf, nicht populistisch oder emotional.

Gerassimow dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Oberbefehlshaber der Nationalgarde Wiktor Solotow: Wiktor Wassiljewitsch Solotow (Виктор Васильевич Золотов), 1954 in Sassowo im Gebiet Rjasan geboren, ist Armeegeneral und seit 2016 Oberbefehlshaber der russischen Nationalgarde, die Februar 2026 zu einer eigenen militärischen Struktur mit 370.000 Soldaten und schweren Waffen umgebaut wurde und die direkt dem Präsidenten unterstellt ist.

Seine politische Haltung wird meist so beschrieben:

- Extrem Putin-loyal: Solotow gehört seit den 1990er Jahren zum engsten persönlichen Umfeld Putins. Er war früher dessen Leibwächter und gilt als einer seiner vertrauenswürdigsten Sicherheitsfunktionäre.
- Hardliner des Sicherheitsapparats: Die von ihm geführte russische Nationalgarde gilt als wichtiges Instrument zur Kontrolle innerer Unruhen und der Opposition.
- Autoritär und anti-oppositionell: Solotow ist bekannt für seine aggressive Rhetorik gegen Oppositionelle. Besonders bekannt wurde seine öffentliche Drohung gegen den Kremlkritiker Alexej Navalny, den er 2018 zu einem „Duell“ herausforderte und beleidigte.
- Nationalistisch und sicherheitsorientiert: Seine Aussagen und seine Rolle innerhalb der Nationalgarde zeigen eine stark nationalistische, staatszentrierte und antiwestliche Haltung. Die Nationalgarde wird auch zur Unterdrückung von Protesten und zur Absicherung des politischen Systems eingesetzt.
- Anders als manche russischen Ideologen tritt Solotow nicht als Denker oder Theoretiker auf. Er gilt eher als pragmatischer Sicherheitsmann mit Fokus auf Loyalität, Ordnung, Repression und Machterhalt.

Solotow dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Sicherheitselite

FSB-Direktor Alexander Bortnikow: Alexander Wassiljewitsch Bortnikow (Александр Васильевич Бортников), 1952 in Molotow (Gebiet Perm) geboren, ist Armeegeneral und seit 2008 FSB-Direktor.

Als langjähriger Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB gilt er als einer der wichtigsten Garanten von Putins Herrschaft. Medien und Experten beschreiben ihn als extrem loyal gegenüber dem Kreml und zentral bei der Überwachung sowie Unterdrückung politischer Gegner. Besonders umstritten war, dass Bortnikow 2017 öffentlich Aspekte der stalinistischen Repressionen relativierte bzw. rechtfertigte. Das löste Kritik russischer Historiker und Wissenschaftler aus. Im Ukrainekrieg wird er dem harten sicherheitspolitischen Lager zugerechnet. Mehrere Analysen sehen ihn als Mitgestalter der aggressiven Linie gegenüber der Ukraine und dem Westen.

Bortnikow dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Innenminister Kolokolzew: Wladimir Alexandrowitsch Kolokolzew (Владимир Александрович Колокольцев), geboren 1961 in Lischnij Lomow (Gebiet Pensa), ist General der Polizei und seit 2012 Innenminister. Im April 2018 wurde er auf die Sanktionsliste der USA gesetzt. Anlass waren Ermittlungen amerikanischer Behörden über eine russische Einflussnahme auf den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten 2016. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine wurden die Sanktionen gegen ihn von den USA im April 2022 ausgeweitet. Bereits am 25. Februar 2022 – ein Tag nach Putins militärischem Angriff der Ukraine – hatte die Europäische Union Sanktionen gegen ihn verhängt, am 28. Februar folgten Kanada und am 15. März Großbritannien. Kolokolzew befindet sich ebenfalls auf den Sanktionslisten der Schweiz, Australiens, Japans, Neuseelands und der Ukraine.

Wie ist Kolokolzew politisch einzuschätzen?



1. Starker Staat und innere Sicherheitspolitik:

- Befürwortung eines harten Vorgehens gegen Kriminalität und Proteste;
- Priorität für öffentliche Ordnung vor individuellen Protestrechten;
- Unterstützung eines stark zentralisierten Sicherheitsapparats.

Als ehemaliger Polizeichef von Moskau war er bereits zuvor für harte Einsätze bei Demonstrationen bekannt.

2. Umgang mit der Opposition

- In seiner Amtszeit wurde das Innenministerium mehrfach mit Repressionen gegen politische Proteste in Verbindung gebracht.
- Kritiker werfen ihm vor, Protestbewegungen streng zu kontrollieren und einzuschränken.

3. Loyalität zum politischen System Putin

- Er gehört zum engeren Machtapparat der russischen Regierung.
- Seine Positionen entsprechen weitgehend der offiziellen Linie des Kremls.

4. Außenpolitische Rhetorik

- In öffentlichen Äußerungen unterstützt er häufig die offizielle russische Staatslinie (z. B. gegenüber dem Westen oder im Ukraine-Kontext).
- Teilweise stark konfrontative Sprache in Bezug auf westliche Staaten und deren Politik.

Kolokolzew dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Zentrale politische Elite

Leiter der Präsidialadministration Anton Waino: Anton Eduardowitsch Waino (Антон Эдуардович Вайно), 1972 in der estnischen Hauptstadt Tallin geboren, ethnischer Este, Diplomat, seit 2016 Leiter der Präsidialadministration, die machtpolitisch wichtiger ist als die Regierung. Wegen der Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine steht er auf den Sanktionslisten der USA, der Europäischen Union, Großbritanniens, der Schweiz, der Ukraine, Kanadas, Australiens und Neuseelands.

Waino gilt politisch als loyaler Vertreter des autoritären Systems von Wladimir Putin. Er gehört nicht zu den ideologischen Hardlinern mit starker öffentlicher Profilierung, sondern eher zu einer technokratischen Elite im Kreml. Außenpolitisch steht er klar auf Linie des Kremls, unterstützt die russische Staatsführung und ist mitverantwortlich für die politischen Entscheidungen rund um den Krieg gegen die Ukraine.

Waino dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Ministerpräsident Michail Mischustin: Michail Wladimirowitsch Mischustin (Михаил Владимирович Мишустин), 1966 in Lobnja (Gebiet Moskau) geboren, Wirtschaftswissenschaftler, hat über die Vermögensbesteuerung in Russland promoviert, seit 2020 Ministerpräsident. Wegen der Organisation der russischen Kriegs- und Sanktionsumgebungswirtschaft steht er auf der Sanktionsliste der USA.

Mischustin steht politisch für autoritären Staatspragmatismus und technokratische Verwaltungstreue gegenüber Putin, nicht für Liberalismus oder Opposition, aber auch nicht für besonders aggressive ideologische Selbstdarstellung.

Mischustin dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.



Staatsdumavorsitzender Wjatscheslaw Wolodin: Wjatscheslaw Wiktorowitsch Wolodin (Вячеслав Викторович Володин), geboren 1964 in Alexejewka (Gebiet Saratow), promovierte an der Akademie des Innenministeriums und ist seit 2016 Staatsdumavorsitzender. Im Zusammenhang mit der Krim-Annexion durch Russland steht er seit 2014 auf der EU-Sanktionsliste.

Er steht deutlich auf der ideologisch-autoritären und ultrakonservativen Seite des Putin-Systems. Viele Beobachter sehen ihn als einen der wichtigsten innenpolitischen Architekten des heutigen autoritären und zunehmend totalitär werdenden politischen Systems in Russland. Unter seiner Verantwortung wurden nach den massenhaften Protesten 2011/2012 gegen die Fälschung der Staatsdumawahl im Dezember 2011 und die dritte Kandidatur Putins für das Präsidentenamt im März 2012 die Opposition und die Zivilgesellschaft systematisch stärker eingeschränkt. Er wird oft als „rücksichtsloser Pragmatiker“ beschrieben, der ideologisch flexibel sein kann, aber konsequent Machtkonsolidierung betreibt.

Wolodin dürfte sich nicht an einem Putsch gegen Putin beteiligen.

Fazit: Zurzeit ist weder mit einem erfolgreichen Attentat auf Putin zu rechnen noch mit seinem Sturz durch die russischen Eliten. Man muss davon ausgehen, dass Putin bis zum Ende seiner gegenwärtigen Amtszeit 2030 diese ausüben wird. Dann wäre er dreißig Jahre Präsident Russlands, ein Jahr länger als Stalin an der Macht war. Ebenso darf man davon ausgehen, dass Putin dann erneut für das Präsidentenamt kandidieren wird. Das wäre seine letzte Präsidentenkandidatur, welche die 2020 geänderte Verfassung ihm erlaubt. Am Ende der Amtsperiode 2036 wäre er 84 Jahre alt.

Ukraine-Krieg forever?

Im Rahmen der sofort nach dem russischen militärischen Angriff der Ukraine im Oktober 2022 geänderten Verfassung wurden laut Artikel 65 die ostukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja Subjekte der Russischen Föderation, obwohl sie damals nicht ganz von russischen Truppen besetzt waren. Bis heute haben die russischen Truppen 17 % des Gebietes Donezk nicht erobert, obwohl sie es unter hohen Verlusten (40.000 gefallene Soldaten monatlich) ständig versuchen. Putin unternimmt weiterhin alles, damit diese in der Verfassung stehenden Gebiete vollständig von der russischen Armee besetzt werden. Erst dann dürfte er bereit sein, einem Waffenstillstand mit der Ukraine zuzustimmen.

Die Ukraine ist nicht bereit, diese 17 % des Donbass an Russland für einen Waffenstillstand abzutreten, weil sie dort umfangreiche Festungsanlagen in fünf verbliebenen Städten errichtet hat. Wenn sie diese aufgeben würde, könnte Russland, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, das 500 km entfernt liegende Kiew leichter erobern.

Welche Lösungen sind vorstellbar?

- Einfrieren der Frontlinie
Beide Seiten stellen die Kämpfe ein, ohne dass die Gebietsfrage gelöst wird, wozu der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij bereit ist. Würde Putin einem solchen Waffenstillstand ohne diesem Donbass-Restgebiet zustimmen, würde er in Russland als Verlierer des Ukrainekriegs angesehen werden.
- Demilitarisierte Zone
Zwischen den Truppen wird ein entmilitarisierter Streifen eingerichtet, überwacht durch internationale Beobachter oder Friedenstruppen. Dem müssten jedoch beide Seiten zustimmen, was derzeit unwahrscheinlich erscheint, weil Putin das ablehnt.



Wenn Russland das restliche Donbass-Gebiet militärisch erobern will, muss es das am Boden tun. Dazu muss es Soldaten und schweres militärisches Gerät einsetzen. Dieses ist leicht von ukrainischen Drohnen zu erkennen und zu vernichten. Die Ukraine kann gegenwärtig kaum von russischen Truppen besetztes ukrainisches Gebiet zurückerobern; es muss allerdings die russischen Truppen am weiteren Vordringen hindern und ihre eigenen militärischen Stellungen halten.

Vor diesem Hintergrund ist wohl davon auszugehen, dass es kurzfristig nicht zu einem Waffenstillstand kommen wird, geschweige denn zu einem Friedensvertrag. Russland, da es am Boden militärisch nicht entscheidend vorankommt, wird durch verstärkten Angriff mit ballistischen Raketen auf ukrainische Städte, vor allem auf die Hauptstadt, von Kiew versuchen zu erzwingen, dass es das restliche noch nicht eroberte Donbass-Gebiet an Russland abgibt. Wenn Selenskij das tun würde, könnte es in Kiew zu einem dritten Majdan kommen, der ihn vom Präsidentenstuhl vertreiben würde, denn die bisherigen vielen Opfer an Leben und Gut wären dann umsonst gewesen.

Die Militär- und Sicherheitsausgaben machen inzwischen 38 % des russischen Staatshaushalts aus. Der Ukraine-Krieg schafft Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, stabilisiert ärmere Regionen und bindet Millionen Menschen wirtschaftlich an den Staat. Damit wird der Krieg zu einem wichtigen Stabilitätsfaktor des Systems. Laut deutscher Geheimdienstaufklärung würden die russischen Militärausgaben 10 % des BIP erreichen.⁹

Der ehemalige Verteidigungsminister der separatistischen Donezker Volksrepublik Igor Girkin (Kampfname Strelkow), der seit 2023 wegen „Aufrufs zu extremistischer Tätigkeit“ in Russland inhaftiert ist, schrieb zum Ukraine-Krieg: „Die Russische Föderation kann mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden keinen Sieg erringen – und niemand wird daran etwas ändern, ebenso wenig wie die ‚talentierteste, unersetzliche, einzigartige Führung, die alles vermasselt hat‘. Ein siegreiches Ende der ‚Spezialoperation‘ ist daher nicht zu erwarten.“¹⁰

Wassilij Kaschin geht davon aus, dass die „Ukraine die Frontlinie noch mehrere Jahre halten wird“. Ebenso gebe es „wenig Grund zur Annahme, dass die Pattsituation im Ukraine-Krieg in absehbarer Zeit überwunden werden kann“. Deshalb hält er das Ziel der „Liquidierung des antirussischen Regimes“ in der Ukraine „zum jetzigen Zeitpunkt ohne eine vollständige und langfristige militärische Besetzung des gesamten Landes (einschließlich des Westens) für grundsätzlich unerreichbar“. Für Russland sei dies „technisch unmöglich“. Folglich könne „dieses Ziel nur als äußerst langfristig betrachtet werden, ist aber im Rahmen der gemeinsamen Militäroperationen unerreichbar und sollte nicht weiterverfolgt werden“. Daher sollte auch die „Vorstellung, wir könnten die ukrainische Front durch Mobilisierung, maximale Anstrengung und einen Angriff mit aller Macht schnell zum Einsturz bringen, verworfen werden“. Folglich erscheinen ihm „Hoffnungen auf die Annexion weiterer größerer ukrainischer Gebiete durch Russland im Falle eines hypothetischen Zusammenbrechens der ukrainischen Front abwegig“. Russland fehle die Fähigkeit, „solche Gebiete mit ihren zerstörten Wirtschaften und einer extrem feindseligen Bevölkerung nachhaltig zu kontrollieren und zu verwalten“. Sollte allerdings die Ukraine ein Friedensabkommen auf der Grundlage der in Anchorage zwischen Wladimir Putin und Donald Trump getroffenen Vereinbarungen, die er nicht vorstellt, ablehnen, schließt er eine Eskalation des Ukraine-Kriegs nicht aus: „Diese Eskalation könnte eine nukleare Dimension annehmen und sich über ukrainisches Territorium hinaus erstrecken.“¹¹

⁹ <https://ridl.io/re-building-a-garrison-state-imagining-russia-s-economy-post-war/>

¹⁰ https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/das-letzte-offene-fenster-9172/?utm_campaign=de_40_20260707&utm_medium=email&utm_source=newsletter

¹¹ <https://globalaffairs.ru/articles/chugunnaya-proza-kashin/>

In der Phase des annähernden militärischen Stillstands der russischen Truppen in der Ostukraine und des fortlaufenden erfolgreichen Angriffs der russischen Erdölindustrie durch die Ukraine aus der Luft, könnte sich Putin unter Umständen gezwungen sehen, mit der Ukraine einen Waffenstillstandskompromiss zu finden oder etwas Spektakuläres zu unternehmen. Die regelmäßigen nächtlichen Luftangriffe mit taktischen Raketen durch Russland auf Kiew und andere ukrainische Städte mit ihren Menschenopfern und Zerstörungen werden nicht dazu führen, dass die Ukraine kapituliert. Welche weiteren Eskalationsmöglichkeiten hätte Putin? Er könnte einen baltischen Staat angreifen, möglicherweise Litauen vom Gebiet Kaliningrad aus oder Estland von Russland aus. Nach kurzem erfolgreichem Einmarsch könnten die russischen Truppen einen Waffenstillstand anbieten unter der Bedingung, dass die NATO die Unterstützung der Ukraine einstellt. Eine andere Eskalierungsmöglichkeit wäre der Einsatz der taktischen Atomwaffe, nicht in der Ukraine, weil sie dort die eigenen Soldaten gefährden würde, sondern am Himmel über der Ostsee als Warnung an die NATO, die Ukraine nicht mehr zu unterstützen.¹²

Nach-Putin-Szenarien

Außerordentliche Präsidentenwahl

Wenn der Präsident plötzlich ausfällt, übt laut Verfassungsartikel 92 Abs. 3 der Ministerpräsident vorübergehend die Pflichten des Präsidenten aus, aber er darf die Staatsduma nicht auflösen, kein Referendum anberaumen und keine Vorlagen über Änderungen sowie über eine Revision von Bestimmungen der Verfassung einbringen. Die Wahl des neuen Präsidenten muss dann innerhalb von drei Monaten stattfinden (Verfassungsartikel 92, Abs. 2). Der russische Präsident Boris Jelzin war 1993 gegen das Amt eines Vizepräsidenten in der neuen Verfassung, weil Vizepräsident Alexander Ruzkoj gegen ihn geputscht hatte.

Um die Präsidentenkandidatur dürfte es einen internen Machtkampf geben, ähnlich wie unmittelbar nach dem Tod Stalins 1953 zwischen dem Ministerpräsidenten (Georgij Malenkow), dem Geheimdienstchef (Lawrentij Berija) und dem Sekretär des Zentralkomitees der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (Nikita Chruschtschow zuständig für Parteiorganisation).

Welche konkreten Personen im internen Machtkampf unter den Spitzenvertretern der drei Schlüsseleliten Militär, Sicherheit und Zentrale politische Elite um die Präsidentenkandidatur ringen werden, hängt vom Zeitpunkt ab, an dem diese Situation eintritt. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass keine gegenwärtig 70-jährigen oder älteren Personen Chancen haben werden, für das Präsidentenamt zu kandidieren, also nicht Generalstabschef Gerassimow (gegenwärtig 71 Jahre alt), Nationalgardechef Solotow (72) und FSB-Chef Bortnikow (74).

Im Wettlauf um die Präsidentenkandidatur dürften bleiben:

- Verteidigungsminister **Beloussow**,
- Innenminister **Kolokolzew**,
- Ministerpräsident **Mischustin**,
- Leiter der Präsidialadministration **Wajno**,
- Staatsdumavorsitzender **Wolodin**.

Wie sieht es in der gegenwärtigen zweiten und dritten Reihe der Militärelite, der Sicherheits- und der zentralen politischen Elite mit möglichen Präsidentenkandidaten aus?

¹² Vgl. Bernhard, Johann Friedrich, Nuklear. Thriller. 2025, Hamburg



Dmitrij Anatoljewitsch Medwedew (Дмитрий Анатольевич Медведев), 1965 in Leningrad (seit 1991 wieder St. Petersburg), geboren, Jurist, von 2008 bis 2012 Präsident Russlands, anschließend bis 2020 Ministerpräsident und seither Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats (Vorsitzender ist Putin). Die USA und EU verhängten Sanktionen gegen ihn.

Alexey Gennadjewitsch Djumin (Алексей Геннадьевич Дюмин), Generaloberst, 1972 in Kursk geboren, absolvierte 1994 die Höhere Militäringenieurschule für Radioelektronik in Woronesch. 1995 trat er in den Dienst der Hauptverwaltung für Sicherheit (seit 1996 FSO) in der Kommunikationsabteilung des Präsidenten. Ab 1999 ist er im Präsidialen Sicherheitsdienst tätig. 2015 wurde er Stellvertretender Verteidigungsminister und ein Jahr später Gouverneur von Tula. 2024 wurde er Sekretär des Staatsrats. Sanktionen gegen ihn verhängten die USA, Kanada, die Ukraine, Großbritannien und die EU.

Dmitrij Jurjewitsch Mironow (Дмитрий Юрьевич Миронов), Generalleutnant der Polizei, 1968 in Chabarowsk geboren, absolvierte 1990 die Höhere Kommandoschule für kombinierte Waffen in Moskau. 2015 wurde er Stellvertretender Innenminister, zwei Jahre später Gouverneur von Jaroslawl. 2020 wurde er Mitglied des Präsidiums des Staatsrats. Zwei Jahre danach übernahm er den Vorsitz der Präsidialkommission für den Öffentlichen Dienst, wurde praktisch zum „Personalchef“ des Regimes.

Sergej Wladilenowitsch Kirijenko (Сергей Владиленович Кириенко), 1962 in Suchumi in Georgien geboren, Geburtsname Israel, absolvierte 1984 das Gorki-Institut für Wasserverkehringenieure und 1993 die Präsidentenakademie für Volkswirtschaft. Von April bis August 1998 Ministerpräsident Russlands, von 2005 bis 2016 Generaldirektor des staatlichen Atomenergiekonzerns ROSATOM, danach seither Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration.

Igor Olegowitsch Kostjukow (Игор Олегович Костюков), Admiral, geboren 1961 in der Amur-Region, absolvierte die Militärpolitische Akademie der Sowjetunion, seit 2016 ist er Chef der Hauptverwaltung für Aufklärung (GRU) des russischen Verteidigungsministeriums, des russischen militärischen Nachrichtendienstes, der sich inzwischen zum wichtigsten Instrument für Sabotageakte im Ausland entwickelt hat. In den letzten beiden Jahren wurde er zum Hauptakteur des „hybriden Kriegs“. Im Januar 2026 leitet er die russische Delegation bei den Ukraine-Gesprächen in Dubai.

Sergej Borissowitsch Koroljew (Сергей Борисович Королёв), Armeegeneral, geboren 1952 in der kirgisischen Hauptstadt Frunse (jetzt wieder Bischkek), absolvierte 1979 die Höhere Militärschule für Radioelektronik in Leningrad (jetzt St. Petersburg), seit 2021 Erster Stellvertretender Direktor des FSB. Aufgrund des schlechten Gesundheitszustands des FSB-Chefs Bortnikow leitet Koroljew faktisch die täglichen Aktivitäten des Inlandsgeheimdienstes. Mit Sanktionen belegt von Großbritannien, Kanada, Australien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Australien, Neuseeland und Estland.

Nach-2036-Varianten

2036 endet Putins letzte Amtszeit als Präsident, welche die 2020 geänderte Verfassung ihm noch erlaubt. Daraus ergeben sich zwei Szenarien: kollektives Staatsoberhaupt oder Präsidentenwahl.

Kollektives Staatsoberhaupt

Putin könnte dem Vorbild der DDR folgen und als kollektives Staatsoberhaupt einen Staatsrat schaffen. Nach dem Tod des ersten DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck 1960 wurde als kollektives Staatsoberhaupt der Staatsrat



geschaffen, dem SED-Generalsekretär Erich Honnecker vorsah, der nie von der Bevölkerung, sondern von der Volkskammer, dem Parlament, gewählt worden war.

Durch eine erneute Verfassungsänderung könnte Putin das Amt des Präsidenten durch einen Staatsrat ersetzen lassen. Den Staatsrat mit Putin als Vorsitzenden gibt es schon. Er wurde unter ihm stärker ausgebaut und umfasst regionale Gouverneure sowie politische Führungspersonen, hat jedoch weniger Macht als die Regierung, der Präsident oder die Staatsduma. Der Staatsratsvorsitzende Putin wurde nicht vom Volk direkt gewählt werden. Zum kollektiven Staatsoberhaupt aufgewertet dürfte sich seine personelle Zusammensetzung ändern.

Gegenwärtig übt der Staatsrat beratende Funktionen aus und gewährleistet das koordinierte Funktionieren und Zusammenwirken der Behörden, legt die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik des Landes sowie die vorrangigen Richtungen für die sozio-ökonomische Entwicklung des Staates fest. Darüber hinaus bereitet er Vorschläge für das Staatsoberhaupt zu den wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der Stärkung der Grundlagen des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung vor, den Beziehungen zwischen Russland, seinen Teilgebieten und Gemeinden sowie zu den wichtigsten Personalfragen von Politik im Land (Verfassungsartikel 83). Sein Sekretär ist seit 2024 der bereits angeführte Alexej Djuhin.

Ordentliche Präsidentenwahl

Die möglichen Kandidaten sollten nach 1966 geboren sein, also 2036 nicht älter als 70 Jahre. Von den oben genannten Personen ist Medwedew der jüngste, er würde im Wahljahr allerdings schon 71 Jahre alt sein. Da er schon einmal Präsident war, wäre die 2036 beginnende Amtszeit, wenn sich der Kreml auf ihn als Präsidentschaftskandidaten einigen würde – seine letzte, da die geänderte Verfassung insgesamt nur zwei Amtszeiten zulässt.

Da sich Medwedew als schwach erwiesen hat, müsste er sich in seiner Präsidentschaft auf starke Figuren aus dem FSB, der Regierung und dem Militär stützen. Beim Ablauf seiner ersten Amtszeit 2012 hätte er erneut kandidieren können, notfalls gegen Putin. Aber er hatte nicht den Mut, das zu versuchen. Er brauchte einige Zeit, innerlich damit fertig zu werden, dass er Putin den Vortritt bei der Präsidentschaftskandidatur lassen musste. Ein Präsident Medwedew 2036 würde den verschiedenen politischen Kräften eine Atempause verschaffen, in der sie sich auf einen überzeugenden Putin-Nachfolger ab 2042 einigen könnten.

Während seiner damals verfassungsmäßig vorgeschriebenen vierjährigen Amtszeit als Präsident von 2008 bis 2012 saß ihm immer Putin als Ministerpräsident im Nacken. Nun wäre Putin politisch weg, so dass Medwedew seine vorsichtig reformorientierte Politik aus seiner damaligen Präsidentschaft fortsetzen könnte, wenn er noch so denken würde.

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs drohte er öfter dem Westen militärisch, auch mit dem Einsatz der Atomwaffe. Damit wollte er wohl dem Kreml in Erinnerung bringen, dass es ihn noch gibt. Da Medwedew nicht so monomaniisch von der Ukraine besessen ist wie Putin, würde er vielleicht der Ukraine außenpolitisch etwas entgegenkommen und dem Westen (der ehemalige Spin-Doctor Putins, Gleb Pawloschkij, der 2011 bei ihm in Ungnade gefallen war, weil er für eine erneute Kandidatur Dmitrij Medwedews zum Präsidenten war, sagte im April 2022, Putin sei von der Ukraine besessen¹³). Medwedew erlaubte im März 2011, dass Russland sich der Stimme im UN-Sicherheitsrat enthielt, was Putin sehr verärgerte, wodurch internationale Maßnahmen in Libyen gegen das diktatorische Gaddafi-Regime zum Schutz der Zivilbevölkerung wurden.

¹³ <https://www.rferl.org/a/russia-ukraine-invasion-putin-trap-pavlovsky/31787269.html>



Entwicklungsszenarien

Folgende inhaltliche Szenarien sind für Russland vorstellbar:

Entwicklung zu einem totalitären eurasischen Regime

Das System Putin hat sich in den Jahrzehnten seines Bestehens in einem solchen Maße stabilisiert, dass sein repressiver Charakter von der geduldigen Bevölkerung als normal angesehen wird. Nationalistische Kräfte trauen sich zu, die Repressionsschraube im Innern weiter anzuziehen.

Die russische Armee hat sich vom jahrelangen Ukrainekrieg inzwischen erholt. Das riesige Schwungrad der massiven Rüstungsproduktion ist nur schwer anzuhalten, zumal die vielen in diesem dominierenden Wirtschaftszweig Beschäftigten gut verdienen. Russland bedroht mit seiner Waffenmasse Westeuropa. Zudem befördert die finanziell großzügig ausgestattete Rüstungsindustrie das Forschen nach neuen technologischen Entwicklungen. Russland verkauft weltweit immer mehr Waffen.

Bald wird die Zeit gekommen sein, dass ein imperial-nationalistischer Politiker zum russischen Präsidenten gewählt wird. Seine Propaganda in Russland wird immer umfassender und ausgefeilter. Die Zugänge zu unabhängigen Informationen werden immer enger. Mittels künstlicher Intelligenz werden gezielte Falschmeldungen in Bild und Ton mit Originalpersonen und Originalstimmen immer glaubhafter und sind von richtigen Meldungen fast nur noch von Profis zu unterscheiden.

Durch einen vielstufigen hybriden Krieg und sonstige Cyberkriegsmaßnahmen gelingt es Moskau, die Bevölkerung von immer mehr westeuropäischen Ländern dazu zu bringen, dass sie zunehmend Politiker wählt, welche die Außenpolitik ihrer Länder immer moskaufreundlicher gestalten. Die westeuropäischen Großunternehmen drängen auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit russischen Firmen, um diese nicht vollständig den amerikanischen Multis zu überlassen. Diese wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder mit Russland führt zu einer Modernisierung der russischen Rohstoffindustrie, was deren Exportmöglichkeiten vergrößert.

Die Zusammenarbeit Russlands mit China wird immer enger und vielfältiger. China ist daran interessiert, dass Russland im Konflikt mit den USA und Westeuropa steht, weil das den Westen schwächt und Russland stärker an China bindet. Zudem nutzt China intensiver und umfassender die vor seiner Haustür liegenden Rohstoffe Sibiriens. Das immer mehr von China abhängige Russland entwickelt sich zu einem eurasischen Land.

Entwicklung zu einem technokratischen Regime

Ein technokratisches Szenario entwickelten *Atlantic Council* und *Russia Tomorrow* im Februar 2024.¹⁴ Die führende Figur bei der Technokratisierung Russlands könnte der Ministerpräsident sein, der sich auf eine kleine Zahl westlich ausgebildeter Technokraten stützen würde. Die neue Führung sondiert über diplomatische Kanäle im Westen und streckt seine Fühler nach Washington, London, Brüssel und Berlin aus. Die neuen Beamten, welche die Entscheidungen im Kreml lenken, kündigen eine vorgezogene Staatsdumawahl an. Sie lassen auch einige politische Gefangene und Oppositionspolitiker frei.

In öffentlichen Verlautbarungen hält sich das neue Regime in nationalistischer Rhetorik zurück, während Putin nicht direkt kritisiert und nur vage auf "Fehler" hingewiesen wird, die Russland in den vergangenen Jahren

¹⁴ <https://www.atlanticcouncil.org/content-series/russia-tomorrow/five-scenarios-for-russias-future/>, „Russia Tomorrow“ ist eine Gruppe russischer Emigranten in Spanien.

gemacht habe und die sie zu korrigieren versuchen würden. Wirtschaftspolitisch protestiert die neue Führung gegen das Einfrieren der Guthaben der russischen Zentralbank durch den Westen und beginnt, Treffen in Washington und Brüssel zu organisieren, um eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen.

Ein solches neues Regime ist nicht per se demokratisch. Es würde auch nach den vorgezogenen Neuwahlen weiterbestehen. Die Märkte reagieren positiv, ebenso wie eine Reihe westlicher Politiker, die dazu aufrufen, diesem "neuen Russland" eine Chance zu geben. Eine Reihe westlicher Public-Relations-Experten schaltet sich ein und startet Kampagnen, um die "reformistischen" Qualitäten des Regimes hervorzuheben. In Hinterzimmergesprächen äußern russische Beamte gegenüber westlichen Partnern ihre Frustration über Moskaus Rolle als "Juniorpartner" gegenüber China und betonen die Rolle des Kremls als potenzielles Gegengewicht gegen Peking.

Fazit

Wir müssen davon ausgehen, dass Wladimir Putin wohl langfristig in Russland an der Macht bleiben wird – bis 2036 als Präsident und darüber hinaus möglicherweise als Staatsratsvorsitzender. Der durch den Zerfall der Sowjetunion traumatisierte Putin wird nicht zurücktreten. Die allumfassenden Sicherheitsvorkehrungen verhindern, dass ein Attentat auf ihn erfolgreich sein könnte. Die Führungen der Militär-, Sicherheits- und zentralen Elite finden sich nicht zu einem Komplott gegen ihn zusammen. Der Repressionscharakter des politischen Systems verhindert, dass es zu Massenprotesten der Bevölkerung gegen den Kreml kommt.

Nach Putin wird es zu verdeckten bis offenen Machtkämpfen zwischen den Spitzenvertretern der verschiedenen Eliten kommen. Ein schwacher Nach-Putin-Präsident als Übergangsfigur würde den sich immer heftiger gegenseitig bekämpfenden Rivalen eine Atempause einräumen. Das russische politische System könnte sich zu einem totalitären eurasischen Regime weiterentwickeln oder zu einem technokratischen Regime mit begrenzter Öffnung dem Westen gegenüber, aber nicht zu einem demokratischen und echten föderalen System.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin und Vorstandsvorsitzender von Patrons of the Arts and Sciences e.V. (the-patrons.eu).

